

Stand: 27.06.2025 17:38:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/5209

"Dringlichkeitsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern
(Drs. 16/3200)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/5209 vom 22.06.2010
2. Beschluss des Plenums 16/5252 vom 23.06.2010
3. Plenarprotokoll Nr. 51 vom 23.06.2010

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FW)**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern (Drs. 16/3200)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zum Neuen Dienstrecht in Bayern die Umsetzung unverzüglich und ohne weitere Verschiebungen durchzuführen.

Dies beinhaltet auch die Aufforderung an die Staatsregierung, die Rückführung der Wochenarbeitszeit wie geplant 2012/2013 durchzuführen.

Begründung:

Die Reform des Dienstrechts bei den Beamten darf nicht wegen der schwierigen Haushaltslage verschoben werden. Die Beamten haben über Jahre hinweg durch Gehaltsverzicht, Verlängerung der Arbeitszeit und Beförderungsstopp ihren Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen geleistet. Wir müssen jetzt die mit der Reform geschaffenen Möglichkeiten zur Verbesserung des Dienstrechts konsequent umsetzen und damit zum Beispiel bestehende Beförderungsstaus auflösen. Spätestens 2012/2013 muss man zur 40-Stunden-Woche zurückkehren, weil sonst der öffentliche Dienst weiter an Attraktivität verliert. Wir brauchen aber weiterhin gutes Personal beim Staat, wenn das System weiterhin reibungsfrei funktionieren soll. Wenn der Staat für diese grundlegenden Entscheidungen kein Geld hat, muss er Bürokratie abbauen, um mit weniger, aber anständig bezahltem Personal auszukommen.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer, Günther Felbinger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Thorsten Glauber, Joachim Harnisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FW)**

Drs. 16/5209

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern (Drs. 16/3200)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Peter Meyer

Abg. Ingrid Heckner

Abg. Christa Naaß

Abg. Adi Sprinkart

Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß

Staatsminister Georg Fahrenschon

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FW)

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern

(Drs. 16/5209)

Vorweg mache ich darauf aufmerksam, dass der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Dr. Beyer, Naaß und Fraktion der SPD "Die Wahl des Bundespräsidenten freigeben" auf Drucksache 16/5212 zurückgezogen worden ist. Deshalb wurde im Einvernehmen mit allen Fraktionen die Redezeit auf 18 Minuten pro Fraktion verkürzt.

Ich weise bereits jetzt darauf hin, dass die Fraktion der Freien Wähler zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Zur Begründung darf ich den Kollegen Peter Meyer bitten.

Peter Meyer (FW): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ich jetzt sage, sind nicht meine Worte; ich zitiere: "Es geht um den größten Gesetzentwurf in der Geschichte des Bayerischen Landtags bisher." Heißt auf Deutsch, und dem stimme ich zu: Wir stehen kurz vor der Vollendung eines wichtigen Reformpakets, und das ist auch ein wichtiges Signal an und für die Beamtinnen und Beamten, für den gesamten öffentlichen Dienst.

Das wurde letzte Woche aus haushaltspolitischen Gründen innerhalb der CSU-Fraktion infrage gestellt. War das ein Sturm im Wasserglas? Das war zunächst einmal nur innerhalb der CSU; wir haben nur das Ergebnis des Krachs miterlebt. Ich weiß nicht, ob das jetzt ein Sturm im Wasserglas war. Aber wir sind gewarnt, wir sind hellhörig.

(Zuruf von der CSU)

- Wenn es ein Sturm im Schnapsglas war, ist es umso schlimmer, Herr Kollege.

Ich nehme positiv zur Kenntnis, dass der Herr Finanzminister und auch die Frau Ausschussvorsitzende letzte Woche vor dem Beamtenbund und auch gestern wieder im Ausschuss die Umsetzung nicht infrage gestellt und beteuert haben, dass sie nicht gefährdet ist.

Wie ernst das zu nehmen ist, weiß ich nicht. Ich zitiere den "Fränkischen Tag", und der "Fränkische Tag" in Bamberg ist ja nicht gerade als Hetzblatt gegen die CSU bekannt. Schlagzeile: "Seehofer - - "

(Zuruf von der CSU)

- Wenn der "Fränkische Tag" die Worte "Freie Wähler" schreibt, zerbrechen bei denen immer die Stifte, Herr Kollege.

Jedenfalls lautet die Schlagzeile: "Seehofer verspricht jedem alles." Meine Damen und Herren, das langt uns natürlich in diesem Zusammenhang nicht.

(Zuruf von der CSU: Das war die Aussage von Herrn Mützel!)

- Ich zitiere den "Fränkischen Tag", und da stand es ohne Anführungszeichen.

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung: Natürlich gibt es haushaltsrechtliche Risiken, aber wenn ein Zug einmal in Bewegung ist und man ihn mitten auf der Strecke anhält, dann wird beim Wiederanfahren wesentlich mehr Energie vergeudet, als wenn man ihn durchfahren lässt. Genauso ist es beim Hinausschieben dieser Reform. Wenn die Reform gestoppt oder hinausgezögert werden sollte, sehen wir die Attraktivität des öffentlichen Dienstes gefährdet. Wir wussten alle - unabhängig von der aktuellen Haushaltslage -, dass die Umsetzung der Reform sowieso mit Hindernissen verbunden sein würde; denn sie ist abhängig von der Zahl der Planstellen für den Aufstieg, vom Stellenplan und von der Leistungsfähigkeit des Dienstherrn. Diese Hürde

haben wir sowieso, die brauchen wir durch ein Hinausschieben nicht noch künstlich zu verstärken.

Wenn wir das sozusagen on top noch infrage stellen, dann war nach unserer Auffassung die ganze Arbeit, die wir - Frau Kollegin Heckner, da stimme ich Ihnen voll zu - sehr kollegial gemacht haben, vergeblich. Wir haben gestritten, ich habe auch gern gestritten, weil Pluralismus dazugehört. Wir haben das sehr kollegial und intensiv beachert, die Verbände haben mitgemacht. All das wäre dann vergeblich gewesen.

Meine Damen und Herren, wenn wir das bis zur Sommerpause beschlossen haben werden, woran ich im Übrigen nicht zweifle, muss die Umsetzung des Gesetzes anlaufen, die Führungskräfte Schulung muss beginnen, und die Personalämter müssen planen können. Wir wollen einen treuen und loyalen öffentlichen Dienst. Dieser treue und loyale öffentliche Dienst braucht auch einen verlässlichen Dienstherrn.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. - Für die CSU-Fraktion darf ich nun Kollegin Heckner ans Mikrofon bitten.

Ingrid Heckner (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Meyer, bei aller Kollegialität, die Sie gerade angesprochen haben, muss ich Ihnen doch ein wenig in die Parade fahren. Ich kann überhaupt nicht verstehen und auch nicht nachvollziehen, wieso die Freien Wähler einen Dringlichkeitsantrag einbringen mit der Formulierung, dass die Umsetzung des Dienstrechts in Bayern unverzüglich und ohne weitere Verschiebungen durchzuführen ist. Ich kann mich an keine bisherige Verschiebung erinnern.

Lieber Kollege Meyer, innerhalb einer Fraktion haben Fachpolitiker, in dem Fall Haushaltspolitiker, einmal darüber nachgedacht, ob es vielleicht denkbar wäre, dass ein Gesetz zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft tritt. Eine Stunde später hat die CSU-Fraktion in ihrer Gesamtheit gesagt, nein, dieses Jahrhundertwerk, das viel mehr als

nur finanzielle Dinge umfasst, wird ohne Wenn und Aber in die Tat umgesetzt. Spätestens dann, aber auch nach den öffentlichen Äußerungen, die Sie hier angeführt haben, hätten Sie Ihren Antrag einpacken können.

(Peter Meyer (FW): Oder Sie stimmen zu!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns im laufenden Gesetzgebungsverfahren. Auch Kollege Meyer sagt, er habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass das zu Ende geführt werde. Wir haben gestern im federführenden Ausschuss die Zweitberatung durchgeführt, und wir werden das Gesetz in der letzten Plenarwoche in Zweiter Lesung beraten. Sie haben keinen Zweifel daran, Herr Meyer. Jetzt frage ich aber die Freien Wähler: Woran zweifeln Sie denn dann? Haben Sie den Verdacht, dass sich unsere Bayerische Staatsregierung gesetzeswidrig Beschlüssen des Bayerischen Landtags widersetzt? - Nichts anderes kann dieser Antrag heißen. Wir haben auch das Inkrafttreten in der Zweitberatung beschlossen. Es gibt also nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, dass es hier noch zu irgendwelchen Veränderungen kommen könnte, und wenn, dann nur mit dem Bayerischen Landtag.

Im zweiten Punkt Ihres Änderungsantrags, der sich auf die Rückführung der Wochenarbeitszeit bezieht, mahnen Sie an, dass dieses angekündigte Zweistufenverfahren auch wie angekündigt durchgeführt wird. Auch hierzu gibt es nicht die geringste Veranlassung, an irgendwelchen Umsetzungsdingen zu zweifeln; denn wir haben mit der Realisierung dieser Schritte bereits begonnen.

Wir haben im Jahr 2009 damit begonnen, dass wir - nicht wir im Landtag, sondern die Staatsregierung - die Arbeitszeitverordnung geändert haben und dass es eine Übergangsregelung bis 2012 gibt. Die Arbeitszeitverordnung enthält bereits die gekürzte Wochenarbeitszeit. Bereits im Haushaltsvollzug 2009 sind Stellen - das waren damals 50 Stellen - entsperrt worden. Es ist sofort mit dem Personalaufbau begonnen worden, den wir ab 2012/2013 bei der Rückführung der Arbeitszeit brauchen. Auch das wurde gestartet.

Wir haben im Jahr 2010, also in diesem Jahr, 870 zusätzliche Stellen für Beamte und Beamtinnen auf Widerruf geschaffen, um den Personalbedarf in den Jahren 2012 und 2013 auffangen zu können. Wir werden es wie geplant durchführen. Auch das ist in allen öffentlichen Äußerungen sowohl der Staatsregierung als auch von uns verantwortlichen Politikern im Bayerischen Landtag immer wieder betont worden. Haushaltsmäßig ist es bereits in die Wege geleitet worden.

Lieber Kollege Meyer, ich kann den Freien Wählern hier nur bescheinigen: Für Schaufensteranträge ist mir in diesem Landtag die Zeit zu schade. Wir brauchen keine Preseschau, indem zitiert wird, was welche Zeitung geschrieben hat und worüber man sich hier im Landtag unterhalten müsste. Ich empfehle unserer Fraktion, diesen Schaufensterantrag abzulehnen, weil er völlig überflüssig ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Peter Meyer gemeldet. Bitte schön.

Peter Meyer (FW): Frau Kollegin Heckner, über eine Rangliste, wer die meisten Schaufensteranträge stellt, wollen wir jetzt nicht diskutieren. Aber dazu gehören wir von den Freien Wählern sicherlich nicht.

(Christine Stahl (GRÜNE): Ich weiß, wer es ist!)

Ich hätte eine konkrete Nachfrage zum Stopp des Stellenabbaus im Hinblick auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Wir haben ihn schon mehrfach angemahnt. Aber der Stellenabbau der inneren Verwaltung nach Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes geht munter weiter. Warum wurde dieser bislang nicht gestoppt? Das passt auch nicht dazu.

Es wurden die Stelleneinziehungen im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverlängerung nach Artikel 6 e gestoppt. Letztere wurde ausgesetzt. Aber die Stelleneinsparungen nach Artikel 6 b - das trifft insbesondere die innere Verwaltung - gehen munter weiter.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank. - Bitte schön, Frau Heckner.

Ingrid Heckner (CSU): Kollege Meyer, ich bitte wirklich darum, dass wir haushalts-technisch korrekt diskutieren. Artikel 6 e bzw. das, was Sie gerade formuliert haben, war der Stelleneinzug wegen der damaligen Arbeitszeitverlängerung. Im Umkehrschluss ist der Artikel 6 e jetzt ausgesetzt, weil wir im Vorfeld auf die Rückführung der Arbeitszeit das Personal natürlich wieder benötigen.

Parallel dazu haben wir in der letzten Legislaturperiode eine Verwaltungsreform durchgeführt mit dem Ziel, den Personalkostenblock in unserem Staatshaushalt langfristig zu reduzieren. Dieses Ziel haben wir nach wie vor, lieber Kollege Meyer.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir müssen nach wie vor schauen, dass wir Stellen abbauen, selbstverständlich verbunden - aber das ist eine völlig andere Diskussion - mit einer Aufgabenkritik und einer Straffung, damit es zu keiner Überbelastung kommt. Die Wochenarbeitszeit und den Artikel 6 b in einen Topf zu werfen und einmal umzurühren, macht noch keine Suppe.

(Beifall bei der CSU - Peter Meyer (FW): Die Leute werden Ihnen fehlen!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Frau Kollegin. - Weitere Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor. Deshalb fahre ich fort in der Rednerreihenfolge und darf das Wort an Frau Christa Naaß von der SPD-Fraktion geben.

Christa Naaß (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, nach der Veranstaltung "Hauptausschuss-Beamtenbund" vom vergangenen Donnerstag müssten eigentlich alle Fraktionen hinter dem Antrag der Freien Wähler stehen und bekräftigen: Wir stehen zur Dienstrechtsreform und

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

wir wollen eine Umsetzung - wie diskutiert - zum 1. Januar. Wir wollen dafür Sorge tragen,

(Ingrid Heckner (CSU): Es ist beschlossen!)

dass das auch so passiert. Es gibt genügend Beispiele aus der Vergangenheit, Kolleginnen und Kollegen, dass Entscheidungen des Landtags durch Ministerien bzw. die Staatsregierung nicht umgesetzt wurden. Ich darf erinnern an die Versprechen vor der Landtagswahl, keine Arbeitszeitverlängerung herbeizuführen. Dann kam doch die Arbeitszeitverlängerung. Ich darf erinnern an den Pensionsfonds, der als Gesetz vom Bayerischen Landtag vor zwei Jahren beschlossen wurde. Die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2010 wurden hergenommen, um den Pensionsfonds einzufrieren. Im Haushalt 2010 wurden eingeplante Stellenhebungen im Vorgriff auf die Dienstrechtsreform verschoben. Wir haben Gründe für unsere Sorge, dass das, was wir alle gemeinsam wollen, eventuell nicht so umgesetzt wird, wie wir uns das vorstellen. In der heutigen Ausgabe des "Münchner Merkur", 23. Juni, hat Herr Finanzminister Fahrenschon ausgeführt, dass er alle in Bayern geplanten neuen Stellen einsparen will. Solche Aussagen bestärken unsere Sorgen. Deshalb ist es wichtig, dass wir heute im Bayerischen Landtag darüber reden.

Bei der Verwaltungsreform 2003 haben wir die Erfahrung gemacht, dass immer zuerst bei den Beschäftigten gespart worden ist, wenn gespart werden musste. Die Konsequenz ist, dass mittlerweile viele Bereiche der öffentlichen Verwaltung nicht mehr funktionsfähig sind. In Bayern ist auch keine Steuergerechtigkeit mehr vorhanden, weil das dazu erforderliche Personal fehlt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Weltuntergang!)

Das alles hängt zusammen. Wenn wir die Leistungsbereitschaft im öffentlichen Dienst durch diese Dienstrechtsreform stärken und mehr Leistungsgerechtigkeit haben wollen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass die dafür erforderlichen Planstellen und die entsprechenden Beförderungsstellen vorhanden sind. Bayern ist Weltmeister beim Be-

förderungsstau. Das wissen wir aus der Vergangenheit. Herr Fahrenschon hat angekündigt, dass alle geplanten neuen Stellen eingespart werden sollen. Davon sind genau diese Beförderungsstellen betroffen.

Vor einigen Wochen mussten wir darüber diskutieren, dass die angekündigten 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen doch nicht kommen sollen. Das hat der Kultusminister angekündigt. Der Ministerpräsident hat darauf gesagt: Das stimmt doch gar nicht. Heute müssen wir lesen, dass der Finanzminister keine neuen Stellen ausbringen will. Kolleginnen und Kollegen, deshalb müssen wir heute im Landtag darüber reden.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Ich würde allen Kolleginnen und Kollegen, die hinter dieser Dienstrechtsreform stehen, empfehlen, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Das wäre ein gutes Signal aus dem Bayerischen Landtag und würde den Finanzminister in seinem Bestreben, die Dienstrechtsreform zum 1. Januar umzusetzen, unterstützen. Auch gegenüber dem Ministerpräsidenten sollte der Bayerische Landtag zeigen, was er will.

Herr Finanzminister, ich habe Ihnen am Donnerstag den Vorschlag gemacht, nicht nur zu überlegen, wo gekürzt werden kann, sondern sich Gedanken darüber zu machen, wie die Einnahmesituation in der bayerischen Verwaltung verbessert werden könnte. Die Steuer- und Finanzverwaltung wäre genau die Stelle, wo Sie tätig werden sollten. Bayern ist hier das Schlusslicht. Wir würden aber gerne an der Spitze stehen. Das geht jedoch nur zusammen mit den Mehrheitsfraktionen im Bayerischen Landtag. Wir unterstützen diesen Antrag.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die GRÜNEN darf ich nun Herrn Kollegen Adi Sprinkart ans Mikrofon bitten.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der uns vorliegende Antrag der Freien Wähler ist gut für die Galerie; substantiell bringt er aber meines Erachtens wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU und der FDP)

Ich gehe davon aus, dass die Zusagen des Herrn Ministerpräsidenten wenigstens ein halbes Jahr Gültigkeit haben. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, könnte dies auch durch eine Zustimmung der Regierungsfractionen zu diesem Antrag nicht verhindert werden.

Meine Frage lautet: Bewirkt die im Antrag geforderte unverzügliche Umsetzung des Neuen Dienstrechts, dass die von September dieses Jahres auf den 1. Januar 2011 verschobenen Stellenhebungen wirklich realisiert werden? Schließt dieser Antrag auch den zweiten Teil der versprochenen Stellenhebungen ein, die bis zum Ende des Jahres 2012 verschoben wurden und damit im nächsten Doppelhaushalt dargestellt werden müssen? Beides ist nicht der Fall.

Wenn der erste und der zweite Teil dieser Stellenhebungen nicht umgesetzt werden sollten, haben wir die Situation, dass wir zwar die Häuptlinge und Unterhäuptlinge befördern, aber die Indianer teilweise oder ganz im Regen stehen lassen. Das wollen wir nicht. Konkret bedeutet das: Wenn wir nur die Dienstrechtsreform verabschieden, würden wir die Schulleiter an den Volksschulen befördern - das ist eine Konsequenz aus der Schaffung der funktionslosen Beförderungsstellen -, aber die Lehrerinnen und Lehrer an den Grund- und Hauptschulen selbst würden wir nicht befördern. Das geht nur im Rahmen des Haushaltsgesetzes. Im Neuen Dienstrecht haben wir nur die entsprechenden Beförderungsämtel geschaffen, aber nicht festgelegt, wie viele es geben wird.

Die 42-Stunden-Woche war ein Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten, mit der Herr Professor Dr. Faltlhauser zudem Druck auf die Tarifbeschäftigten machen wollte, was allerdings gründlich in die Hose ging. Das Versprechen der Rücknahme der 42-

Stunden-Woche in den Jahren 2012 und 2013 liegt deutlich jenseits des Verfallsdatums der Versprechen unseres Ministerpräsidenten. Bei genauerem Hinsehen wird die Entscheidung darüber im Rahmen des Doppelhaushalts 2011/2012 getroffen.

Wenn wir die Arbeitszeit rückführen wollen, brauchen wir zusätzliches Personal, das wir zum Teil bereits eingestellt haben. Wir stellen derzeit auch Anwärter ein. Heute haben wir aber gehört, dass der Finanzminister keine neuen Stellen ausweisen wird. Ohne neue Stellen wird es keine Arbeitszeitverkürzung geben, es sei denn, dass eine Aufgabenkritik erfolgt und Aufgaben des Staates wegfallen. Das kann ich im Augenblick aber nicht erkennen. Im Übrigen haben wir eine solche Maßnahme erst vor ein paar Jahren durchgeführt.

Zum Sparen: Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass wir an dieses Thema ohne Scheuklappen herangehen müssen. Wenn ich den Herrn Finanzminister beim Beamtenbund in der letzten Woche richtig verstanden habe, sind unsere Positionen nicht so weit voneinander entfernt. Er hat das natürlich diplomatischer ausgedrückt: Bei entsprechender Haushaltslage werde man im Herbst mit dem Beamtenbund Gespräche führen. Sinnigerweise hat der Finanzminister dafür sehr viel Beifall bekommen.

Wir werden diesem Antrag zustimmen, erstens weil wir für eine Rücknahme der 42-Stunden-Woche sind, und zweitens, obwohl wir das Neue Dienstrecht in seiner Gesamtheit ablehnen. Für uns ist es wichtig, dass die funktionslosen Beförderungsmöglichkeiten geschaffen werden. Das ist nur mit dem Neuen Dienstrecht möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FDP-Fraktion darf ich nun Herrn Kollegen Prof. Dr. Georg Barfuß das Wort erteilen.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, Herr Staatsminister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mir gefällt die Begründung dieses Antrags ganz gut. Dort steht der Satz: "Wir brauchen aber weiterhin gutes Personal beim Staat, wenn das System

weiterhin reibungsfrei funktionieren soll." Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, deshalb haben wir diese Reform gemacht. Ich denke, die CSU und die FDP können stolz darauf sein. Auch die Kolleginnen und Kollegen der Opposition können stolz darauf sein, weil sie wesentliche Anregungen gegeben haben. Wir wollen gutes Personal. Heute, am Tag des öffentlichen Dienstes, sind wir allen Damen und Herren, die im öffentlichen Dienst ihre Arbeit verrichten, dankbar.

Außerdem steht in der Begründung: "Wenn der Staat für diese grundlegenden Entscheidungen kein Geld hat, muss er Bürokratie abbauen, um mit weniger, aber anständig bezahltem Personal auszukommen." Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Staat hat nie Geld. Der Staat hat nur dann Geld, wenn er es dem Bürger vorher wegnimmt, wenn er es ihm wegnimmt, während er es ihm gibt, oder wenn er es ihm hinterher wegnimmt. Der Staat selbst hat jedoch nie Geld. Mit diesem Märchen sollten wir einmal aufhören. Wir geben nicht unser Geld aus, sondern das Geld des Steuerzahlers.

(Beifall bei der FDP)

Der Staat soll Bürokratie abbauen. Dieser Dringlichkeitsantrag ist aber ein typisches Beispiel dafür, wie man Bürokratie macht. Der Antrag ist so überflüssig wie ein Kropf. In jeder Sitzung sind mindestens zwei Drittel aller sogenannten Dringlichkeitsanträge weder dringlich noch notwendig. Diese Anträge dienen nur dazu, die Herrschaften zu beeindrucken, damit man in der Zeitung steht. Ich habe Verständnis dafür, wenn die Opposition solche Anträge einbringt, weil sie sich sonst nicht wehren kann. Wir sollten uns aber nicht gegenseitig mit solchen Dringlichkeitsanträgen quälen. Das ist nicht notwendig.

(Beifall bei der FDP)

Wir beschäftigen damit nur die Herrschaften, die hinter den Ministern sitzen. Gleichzeitig sagen wir aber jeden Sonntag in den Festzelten: Wir sind für den Abbau der Bürokratie. Mit solchen Anträgen machen wir doch die Bürokratie.

(Christa Naaß (SPD): Warum haben Sie dann einen Dringlichkeitsantrag geschrieben?)

- Das betrifft alle fünf Fraktionen. Sie brauchen mich jetzt nicht anzukeifen. Ich höre ganz gut. Ich bleibe dabei: Wir beschäftigen die Bürokratie selber und machen sie auch selber. Deswegen sollten wir uns selbstkritisch überlegen, ob es wirklich zeitgemäßer Parlamentarismus ist, wenn man sich mit Anträgen, die es in der Form nicht bräuchte, gegenseitig die Zeit stiehlt und redet, damit die Luft scheppert.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt zum Thema als solches. Ich war auch bei diesem Beamtentreffen und habe gesagt, es sei keine Kunst, am 1. Mai den Arbeitnehmern nach dem Munde zu reden und beim IHK-Neujahrsempfang den Unternehmern. Wir müssen es endlich einmal lernen, uns gegenseitig ernst zu nehmen und nicht einseitig zu sein. Was hat denn der Arbeitskreis für Finanzen anderes getan, als sich zu überlegen, wie man es machen könnte und wie man sparen könnte? Ich höre Sie doch schon heute, wie Sie uns dann, wenn der Haushalt wirklich da ist, vorwerfen, wo überall man hätte sparen können, auch wenn Sie dann wieder für eine Milliarde Euro Anträge stellen, die Sie für wichtig halten.

Deswegen sagen wir: Wir halten an diesem Reformwerk fest. Frau Heckner hat hier mit ihren Kolleginnen und Kollegen, zu denen auch ich mich zählen darf, gute Arbeit geleistet. Hier sind wir bundesweit an der Spitze, hier sind wir sehr modern. Aber - ich sage heute dasselbe wie neulich beim Beamtenbund - keine Gruppe, ob Arbeitnehmer, Rentner oder selbständige Unternehmer, wird glauben, sie würde von der vor uns stehenden Konsolidierung ausgenommen. Deswegen werden wir erwarten können, dass die Beamten uns Vorschläge unterbreiten, welchen Beitrag sie leisten wollen.

Was wir auf keinen Fall gefährden, ist das Gesamtwerk, das wir geschaffen haben und das wir planmäßig durchziehen. Wir haben da grenzenloses Vertrauen in unseren Landesvater, wenn er sagt, das wird durchgezogen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

FDP und CSU haben grenzenloses Vertrauen in unseren Landesvater und in den Drachentöter Georg Fahrenschon, dass wir die Angelegenheit so durchziehen, wie wir es beschlossen haben. Ich freue mich schon jetzt darauf, dass Sie bei der Verabschiedung des Haushalts zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bevor ich dem Herrn Staatsminister das Wort erteile, darf ich Ihnen das Ergebnis der soeben durchgeführten Wahl zum Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten" bekannt geben. An der Wahl haben 161 Abgeordnete teilgenommen. Ein Stimmzettel war ungültig. Auf Herrn Kollegen Füracker entfielen 89 Stimmen, auf Frau Kollegin Noichl entfielen 37 Stimmen. Beide Kandidaten abgelehnt haben elf Abgeordnete. Ihrer Stimme enthalten haben sich 23 Abgeordnete.

Damit stelle ich fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Kollegen Albert Füracker zum Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten" gewählt hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich fahre nun in der Rednerliste fort und darf dem bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon das Wort erteilen. Bitte schön.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, man darf die Debatte zu diesem Dringlichkeitsantrag folgendermaßen zusammenfassen: Trotz der Finanzmarktkrise, trotz der

daraus resultierenden Weltwirtschaftskrise und trotz der aktuellen Krise unserer Währung haben die Reduzierung der Arbeitszeit, die Verlängerung der Altersteilzeit und die Bezügeerhöhung 2010 ihren Lauf genommen. Wie versprochen wurden sie umgesetzt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die bayerischen Beamtinnen und Beamten verfügen damit im Bundesvergleich über beste Beschäftigungsbedingungen. Wir haben diese Maßnahmen gemeinsam erarbeitet, wir haben sie auch gemeinsam umgesetzt. Ich stelle fest: Besser geht es nicht!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Freien Wähler haben die Staatsregierung jetzt zusätzlich aufgefordert, die Rückführung der Arbeitszeit durchzuführen. Ich muss schon sagen, ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie sich die große Pralinenkiste, die der Beamtenbund am letzten Donnerstag jedem Redner, der ein Grußwort sprach, mit auf den Nachhauseweg gegeben hat, wirklich verdient haben; denn wir müssen feststellen, dass Ihr Antrag schlichtweg ins Leere geht. - Das Geforderte geschieht bereits. Die entsprechende Änderung der Arbeitszeitverordnung wurde beschlossen und ist im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet. Die Norm ist gültig. Mehr geht nicht. An der Stelle muss man also sagen: Der Antrag ist nicht nur ein Schaufensterantrag, er ist einfach überflüssig. Er ist mehr als überflüssig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ab dem 01.08.2013 gilt wieder einheitlich die 40-Stunden-Woche für alle Beamten. Wenn wir schon dabei sind: Das hat nichts mit einer Verschiebung dieses Konzepts in die Zukunft zu tun; denn erstens brauchen wir die Stufenlösung, um das notwendige zusätzliche Personal ausbilden zu können. Wir können nicht einfach die Arbeitszeit reduzieren, ohne fachlich ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Beamtinnen und Beamte zur Verfügung zu stellen, die die Tätigkeiten übernehmen. Wir müssen die Leute ausbilden.

Zweitens wird die Arbeitszeitreduzierung bereits jetzt sichtbar vollzogen, und zwar sowohl durch die Aussetzung des Stellenabbaus nach Artikel 6 e des Haushaltsgesetzes als auch durch die entsprechend erhöhte Zahl von Anwärterstellen. Also auch hier ist Vollzug zu vermelden. Es gibt überhaupt keinen Grund, diesen Antrag an dieser Stelle so zu formulieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bedanke mich aber dafür, dass ich jetzt die Gelegenheit habe, hier vor dem Plenum des Bayerischen Landtags für die Staatsregierung zu erklären, dass wir vollumfänglich zum Neuen Dienstrecht stehen; denn wir haben dieses Neue Dienstrecht deshalb gemeinsam erarbeitet - ich bedanke mich ausdrücklich nicht nur bei der Vorsitzenden des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, sondern auch bei den Berichterstattern, auch in den parallel arbeitenden Ausschüssen -, weil wir mit dem Neuen Dienstrecht eine Leistungs- und Effizienzsteigerung verbinden. Deshalb haben wir das Neue Dienstrecht auch als strategisches Projekt angesetzt. Wir haben uns in der Föderalismusreformkommission I aus guten Gründen und bewusst dafür eingesetzt, dass wir die notwendigen Gesetzgebungskompetenzen vom Bund erhalten, um den Standortfaktor des öffentlichen Dienstes so zu gestalten, wie wir ihn in Bayern für die Menschen, die Gesellschaft und die Wirtschaft brauchen. Das ist am Ende ein guter Schlusspunkt einer auf lange Zeit angelegten Strategie, um den Standort Bayern weiter gut zu entwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb freut es mich sehr, dass das Gesetzgebungsverfahren mit dem baldigen Gesetzesbeschluss des Landtags erfolgreich abgeschlossen sein wird und das Gesetz wie geplant am 1. Januar 2011 in Kraft tritt. Die von uns gemeinsam mit den Berufsverbänden und den Personalvertretungen in intensiven Diskussionen erarbeiteten Strukturen werden damit geschaffen.

Die Flexibilität allerdings, die wir damit im öffentlichen Dienst schaffen, müssen wir auch bei der Anwendung des Gesetzes zeigen. Wir können nicht bei schönem Wetter lossegeln und bei schlechtem Wetter so tun, als ob nichts wäre. Wir müssen selbstverständlich auch auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung reagieren. Alles andere wäre ein Fehler. Es würde dem Neuen Dienstrecht einen erheblichen Schaden zufügen, und genau das wollen wir nicht.

(Christa Naaß (SPD): Was würde das bedeuten?)

Deshalb kann man die Anwendung des Gesetzes zum Neuen Dienstrecht nicht vollständig von der wirtschaftlichen Situation abkoppeln. Wir werden deshalb die Ausgestaltung der einzelnen Instrumente im Lichte der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung prüfen. Das eine ist der Rahmen - wir sind zutiefst davon überzeugt, dass wir einen effektiven und engagierten öffentlichen Dienst brauchen, und setzen deshalb auf das Leistungselement -, das andere ist die Dotierung der einzelnen Instrumente. Ich kann nur wiederholen, was schon gesagt wurde: Der Hauptausschuss des Bayerischen Beamtenbundes hat genau diese Vorgehensweise am letzten Donnerstag mit Beifall und Zustimmung quittiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Die Umsetzung kann sich verschieben?)

Eines ist wichtig: Eine ganz wesentliche Ausbaustufe haben wir vorweggenommen. Es darf nicht in Vergessenheit geraten, dass wir bereits im Doppelhaushalt 2009/2010 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen haben. Über 9.000 Beförderungsmöglichkeiten sind bereits umgesetzt, und zwar sowohl bei den Lehrern als auch bei den Leistungsträgern in anderen Bereichen. Ich kann nur sagen, das ist richtig angelegtes Geld, weil wir an dieser Stelle für eine erhebliche Steigerung der Arbeitszufriedenheit gesorgt haben. Ich glaube, der Beschluss des Bayerischen Landtags war richtig. Die Umsetzung erfolgt plangemäß und ist deshalb zu begrüßen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb werden wir in der zweiten Jahreshälfte weiter vorangehen, und zwar genau so, wie wir es letzten Donnerstag dargestellt haben und wie wir es von Anfang an besprochen haben. Ich glaube, wir setzen hier wie beim Thema der Arbeitszeit zu Recht auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der Bayerische Beamtenbund hat das zuletzt auf der Tagung am Donnerstag ganz klar bestätigt. Ich kann an dieser Stelle den Präsidenten, Herrn Habermann, zitieren: Er spricht davon, dass wir gerade bei der Erarbeitung des Neuen Dienstrechts in Bayern ein Niveau der guten Zusammenarbeit erreicht haben, das bundesweit herausragend ist. Daran werden wir auch in der zweiten Jahreshälfte nahtlos anknüpfen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, bitte einen kleinen Moment. Die Kollegin Naaß hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Gibt es noch eine Zwischenbemerkung? Bitte schön, Frau Naaß.

Christa Naaß (SPD): Herr Finanzminister, ich glaube Ihnen, dass das Gesetz zum 1. Januar umgesetzt werden soll. Da stehen Sie sicherlich dahinter. Trotzdem: Wie ist denn dann Ihre Aussage zu verstehen, dass es bei der Umsetzung eventuell entsprechend der finanziellen Situation zu Veränderungen kommen kann? Wie ist die Aussage im "Münchner Merkur" des heutigen Tages zu bewerten, wonach Sie alle geplanten neuen Stellen in Bayern einsparen wollen? Wir müssen ein Stellenmoratorium machen - so Ihre Aussage bei einem Treffen mit CSU-Abgeordneten. Das würde doch genau dazu führen, dass Teile der Dienstrechtsreform nicht in dem Zeitrahmen umgesetzt werden können, wie wir das gemeinsam wollten.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Naaß, Sie haben sich dreimal auf den "Münchner Merkur" bezogen, der eine gute Zeitung ist. Bei Ihrer

Nachfrage haben Sie ihn noch einmal zitiert. Ich stelle trotzdem fest: Sie haben aus einem Artikel zitiert, der offensichtlich versucht, mich über Dritte zu zitieren. Das Zitat ist von mir nicht freigegeben, und deshalb werde ich an dieser Stelle keine konkrete Antwort geben.

Eines ist aber klar: Wir haben in den letzten Jahren zu Recht, sowohl auf der Stellen-
seite als auch bei den Hebungen, gute Entscheidungen getroffen. Wenn ich zu prüfen
habe, dass aus den einzelnen Ressorts am Ende über 10.000, 13.000 oder 15.000
neue Stellen kommen, dann sage ich eben hier und heute: Wir müssen angesichts der
wirtschaftlichen Situation jede einzelne Anmeldung auf Herz und Nieren prüfen. Ich
glaube, dass unser öffentlicher Dienst gut ausgerichtet ist und dass es nicht so weiter-
gehen kann, immer neue Stellen im öffentlichen Dienst auszubringen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Minister. Die zweite Zwischen-
bemerkung wurde zurückgezogen und hat sich erledigt. Vielen Dank, dass Sie Rede
und Antwort gestanden haben.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung. Wie angekündigt, führen wir diese in namentlicher
Form durch. An den bewährten Stellen sind die gläsernen Urnen aufgestellt. Ich eröff-
ne die namentliche Abstimmung. Wir haben für die Abstimmung fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.42 bis 17.47 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird draußen
ermittelt und nachher bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.06.2010 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u. a. und Fraktion FW; zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern (Drs. 16/3200) (Drucksache 16/5209)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin			
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	55	83	8